

## Winterklausur der SPD-Landtagsfraktion vom 11. – 13. Januar 2012 im Kloster Irsee

Dr. Thomas Beyer, MdL, Wirtschaftspolitischer Sprecher

### Industrie- und Wirtschaftspolitik in Bayern

Bayern braucht eine aktive und integrierte Industrie- und Wirtschaftspolitik, um die Zukunftsaufgaben des Landes sozial und ökologisch nachhaltig zu bewältigen.

Die Industrie ist der wirtschaftliche Leitsektor. Von ihr wird der größte Teil der Waren und Produktionswerte für den Binnenmarkt und den Export hergestellt; mit ihrer Nachfrage induziert sie den größten Teil der unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Industriepolitik ist damit wesentlicher Teil der Wirtschaftspolitik. Angesichts der hohen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der bayerischen Wirtschaft lässt die bayerische Staatsregierung präventive Maßnahmen gegen mögliche Absatz- und Beschäftigungseinbrüche im Krisenfall vermissen. Die angestrebte Energiewende, der Klima- und Ressourcenschutz sowie die nach wie vor prekäre Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind ohne ein aktiv gestaltendes, zukunftsweisendes industriepolitisches Maßnahmenkonzept nicht zu bewältigen.

Die Industrie- und Wirtschaftspolitik der bayerischen Staatsregierung, insbesondere die Privatisierungspolitik, hat Bayern unter seinen Möglichkeiten entwickelt. Dies zeigt die Auseinandersetzung mit einzelnen wirtschaftlichen Programmen der letzten beiden Jahrzehnte. Mit ihnen wurde ein Milliarden schweres, nur wenige Jahre kurzes „Strohfeuer“ an wirtschafts- und forschungsnahen Investitionen abgebrannt. Ihre Erfolgswirkungen verpufften vielfach, weil die Einzelmaßnahmen nicht eingebettet waren in ein klares industrie-, struktur- und regionalpolitisches Gesamtkonzept.

Als verheerend hat sich die Veräußerung von Staatsbeteiligungen etwa im Energiesektor erwiesen: Mit dem Verkauf der Bayernwerke an die damalige VIAG hat der Freistaat nicht nur zur Oligopolbildung auf dem Energiesektor in Deutschland beigetragen, sondern auch zugelassen, dass e.on-Unternehmensstandorte und damit Arbeitsplätze nun in großem Stil in Bayern abgebaut werden können.

Zudem hat der Freistaat sich damit der Möglichkeit begeben, zur Energiesicherheit, etwa durch Infrastrukturinvestitionen in die Verteilnetze und in regenerative Energien, beitragen und die Energiewende als entscheidender Akteur mitgestalten zu können.

Mit der Clusterpolitik verengt die Staatsregierung ihre wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten auf die Moderation von wirtschaftlichen Akteursrunden, gebildet aus Vertretern von Unternehmen und der anwendungsnahen Wissenschaft. Durch die Bevorzugung von international ausstrahlenden „Leuchtturmprojekten“ fokussiert die Staatsregierung ihren Blick auf High-tech-Maßnahmen in Forschungsagglomerationen. Sie verliert dabei völlig aus dem Auge, dass auch Unternehmen außerhalb des High-tech-Sektors hervorragende Produkte herstellen und moderne Produktionsverfahren beherrschen, damit erfolgreich sind und Beschäftigung sichern; sie haben ihren Sitz vielfach außerhalb der wirtschaftsstarken Regionen. Auch diese Unternehmen gilt es zu unterstützen.

Am aktuellen Programm „Aufbruch Bayern“ der Staatsregierung ist ein industrie- und wirtschaftspolitischer Gestaltungsanspruch überhaupt nicht mehr erkennbar. Die immerwährenden Appelle an die internationale Wettbewerbsfähigkeit, den Strukturwandel, die hohe Produktivität und den technischen Fortschritt überdecken, dass die Schaffung und Sicherung von Beschäftigung sowie eine nachhaltige Produktionsweise und Produktpolitik nicht im Zentrum der aktuellen bayerischen Industrie- und Wirtschaftspolitik stehen; sondern als eher beiläufige Folgen gesehen werden.

### **Bausteine einer aktiven und integrierten Industriepolitik**

Die SPD-Fraktion stellt fest: Eine aktive Industriepolitik hat den Anspruch, den industriellen Sektor strategisch mitzugestalten und beschränkt sich nicht darauf, die Anpassung des industriellen Sektors an die wirtschaftliche Entwicklung zu begleiten und nachzuvollziehen. Eine integrierte Industriepolitik ist eine Querschnittsaufgabe aus verschiedenen Aufgabenbereichen und Politikfeldern im Zusammenwirken öffentlicher, privater und gesellschaftlicher Akteure. Eine zukunftsfähige industrielle Entwicklung mit der Produktion und Verteilung realwirtschaftlicher Güter muss sich an der Nachhaltigkeit ihres beschäftigungswirksamen Nutzens und an den Prinzipien einer sozialen, ökologisch verantwortbaren Marktwirtschaft orientieren, nicht an anonymen finanzmarktgetriebenen Marktkräften und Börsenkursen.

### Eine aktive und integrierte Industriepolitik zeichnet aus:

- Sie entwickelt wirtschaftliche Potenziale und Stärken – statt allein Stärken bzw. Starke zu bestätigen, wie es die „Leuchtturm-Politik“ der Staatsregierung tut.
- Sie ist politikübergreifend und raumübergreifend, berücksichtigt also auch nicht-wirtschaftliche Aspekte und Folgen, und ist nachhaltig ausgerichtet – statt auf kurzfristige ökonomische und technische Verwertung zu setzen.
- Sie ist kooperations- und beteiligungsorientiert, zieht also möglichst viele fachlich qualifizierte und regional vernetzte Akteure mit ein – statt allein auf die Hierarchen von Wirtschaft und Wissenschaft zu setzen.
- Sie orientiert auch auf die Unterstützung von kleinen und mittleren, oftmals im Einzel- oder Familieneigentum geführte Unternehmen – statt Großunternehmen bevorzugt zu fördern.
- Sie ist auf Räume mit Wachstumspotenzialen ausgerichtet und damit auch auf einen regionalen Ausgleich innerhalb des Landes – statt allein auf Metropolregionen und wirtschaftsstarke Räume zu setzen.
- Sie ist mittel- bis langfristig angelegt – statt auf kurzfristige, Prestige heischende Erfolge zu hoffen.
- Sie fokussiert auf die Wirtschaftsstrukturen und den sie stärkenden Umbau – statt allein auf Projekte mit Modellcharakter.
- Sie nimmt Orientierungen für die industriegewirtschaftliche Entwicklung vor wie etwa durch die Wende zu erneuerbaren Energien und Ressourcen – statt staatliche Aufgaben dem Markt zu überantworten.
- Sie ist beschäftigungsorientiert, sichert und fördert also Erwerbsbeschäftigung und die Qualität der Arbeit – statt Arbeitsressourcen zu vergeuden.
- Sie beteiligt und integriert Arbeitnehmer/innen und ihre Organisationen als industriegewirtschaftliche Akteure an der Konzeptionierung und Umsetzung von Industriepolitik – statt die Beschäftigten zu negieren.

Die SPD-Fraktion hat auf Basis dieser Grundsätze das Münchner IMU Institut mit der Erstellung eines industriepolitischen Gutachtens beauftragt. Ziel des Gutachtens ist es aufzuzeigen, welche industrie- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen zugunsten eines innovativen und qualitativen Wachstums, das beschäftigungsfördernd und ökologisch nachhaltig ist sowie zur Wettbewerbstärkung beiträgt, vorgenommen werden können – im Sinne der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns. Die SPD-Fraktion erwartet sich vom industriepolitischen Gutachten deutliche Hinweise und Vorschläge, wie eine moderne Industriepolitik in Bayern konzipiert und implementiert werden sollte. Das Gutachten wird im Frühjahr vorgelegt werden.